Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Aueerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 281 — Donnerstag, den 3. Dezember 1931 — 26. Jahrgang

Fort mit den Tributen!

England für Streichung aller Tribute und Kriegsschulden? — Flandin über seine Londoner Besprechungen

Paris, 1. Dezember. Die Pariser Morgenblätter widmen der Londoner Reise des Finanzministers Flandin breitesten Raum. Das bisherige Schweigen ist durch die Erklärungen gebrochen worden, die Flandin nach seiner Rückkehr der Presse abgegeben hat und aus denen deutlich hervorgeht, daß in den verschiedenen im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen zwischen Frankreich und England sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Flandin selbst gab zu, mit Außenminister Simon und Schatzkanzler Chamberlain sowohl über Reparationen als auch über interalliierte Schulden und kurzfristige Kredite gesprochen zu haben. Wenn auch diese Besprechungen rein privaten Charakter getragen hätten, so habe er bei dieser Gelegenheit doch den Eindruck gewonnen, als ob der Standpunkt der englischen Regierung wesentlich von demjenigen Frankreichs abweiche und die kommende Regierungskonferenz noch manche harte Nuß zu knacken habe.

Ueber die englische Einstellung zu den verschiedenen Fragen berichten der Londoner Sonderberichterstatter des Journals und der außenpolitische Berichterstatter des Excelsiors übereinstimmend, daß die englische Regierung auf der kommenden Konferenz die völlige Streichung der Reparationen und der interalliierten Schulden verlangen werde. Man stehe in England auf dem Standpunkt, daß nur eine derartige Maßnahme geeignet sei, die Wiederbelebung des internationalen Marktes zu garantieren. Der Excelsior glaubt, daß die englische Regierung absichtlich einen sehr weiten Rahmen gezogen habe, um in den kommenden Beratungen größere Handlungsfreiheit zu haben.

Finanzminister Flandin hatte noch in den späten Abendstunden des Montags eingehende Besprechungen mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, mit den beiden stellvertretenden Gouverneuren und einer Reihe anderer hochstehender Finanzbeamten. Verschiedene Beamte des französischen Handelsministers werden sich nach London begeben, um dort Besprechungen mit ihren Kollegen vom englischen Handelsministerium über die englischen Zölle aufzunehmen. An diesen Besprechungen werden außerdem die Vertreter einer Reihe anderer Länder teilnehmen, die ebenfalls durch die englische Schutzzollpolitik stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Handelsminister Raliin selbst wird voraussichtlich erst zu den entscheidenden Besprechungen nach London reisen.

Tribut-Ende ist Weltrettung

London, 1. Dezember. Der Manchester Guardian schreibt in einem Leitartikel, es sei geradezu unglaublich, daß es heute noch Staatsmänner gebe, die eine Verewigung des Versailler Vertrages für möglich halten. Wohl habe Laval erklärt, in Zeiten wirtschaftlicher Krise Zugeständnisse auf dem Gebiete der Reparationszahlungen machen zu wollen. Sobald in Deutschland eine Wiederbelebung der Wirtschaftslage eintrete, werde er aber die Reparationsschraube wieder bis zu der vollen „geheiligten" Grenze anziehen, da ein wirtschaftliches Wohlergehen Deutschlands anscheinend Frankreichs Sicherheit gefährde. Dieser phantastische und schreckliche Traum Frankreichs, Deutschland ewig niederzuhalten, werde aus verschiedenen Gründen nie in Erfüllung gehen. Es werde kein Land mehr dulden, daß die ganze Weltwirtschaft durcheinandergebracht werde, nur damit Frankreichs eingebildete Sicherheit aufrecht erhalten bleibe und andererseits werde sich das deutsche Volk selbst gegen die Fortsetzung der französischen Politik wehren. Deutschland bestehe aus so vielen Millionen Menschen, die sich nicht ewig mit der gegenwärtigen Lage abfinden würden. Ein Land könne wohl für ein ideales Ziel oder für die Freiheit Hunger, Not und Tod erleiden, aber kein Land werde ewig leiden wollen, nur weil eine Handvoll französischer Diplomaten eine engstirnige Ansicht von Frankreichs Interessen und Sicherheit hätten. Wenn Deutschland und damit die Welt gerettet werden solle, dann müsse in erster Linie den Reparationen ein Ende gesetzt werden.

Die Stimmung in Italien

Mailand, 1. Dez. Die italienische Presse fordert mit steigendem Nachdruck den allgemeinen Verzicht auf die Reparationen als letzte Rettungsmöglichkeit vor einer großen wirtschaftlichen Katastrophe und unberechenbaren politischen Ereignissen. Der Popolo d'Italia spricht von einer Mission Italiens, die Welt von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Um die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu begreifen, müsse man sich vergegenwärtigen, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand in Geld und Waren rund 40 Milliarden Goldmark bezahlt habe.

Es muß endgültig reiner Tisch gemacht werden

Geheimrat Kastl über den Kampf um Deutschlands Zukunft

Magdeburg, 1. Dez. Anläßlich des 10jährigen Bestehens des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg fand eine Festsitzung statt, auf der Geheimrat Kastl, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, über den Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft sprach. Ueber die Reparationsfrage sagte Geheimrat Kastl u. a., der jetzt in Basel zusammentretende beratende Sonderausschuß der BIZ. müsse unbedingt davon ausgehen, daß die mangelnde Leistungsfähigkeit Deutschlands auch schon von den Verfassern des Youngplans von vornherein in Rechnung gestellt worden sei. Der Redner vertrat hier die Ansicht, daß es unerträglich wäre, wenn jetzt wieder nur irgendein unbefriedigendes Provisorium zustande käme. Es müsse endgültig reiner Tisch gemacht werden.

Ein Vorschlag an Hoover

Neuyork, 1. Dez. Herald Tribune verbreitet eine Meldung aus Paris, wonach einflußreiche Kreise der BIZ. den Vorschlag in Erwägung ziehen, den amerikanischen Präsidenten Hoover aufzufordern, den Vorsitz bei der Konferenz zu übernehmen, die die Annahme und die Ausführung der Vorschläge beraten soll, die vom Youngplankomitee wegen der deutschen Zahlungsfähigkeit unterbreitet werden.

Änderung der Eingangszölle

Verordnung des Reichspräsidenten über Zolländerungen und über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen

Berlin, 1. Dez. Auf Grund von Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1.

1. Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses
   a) die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,
   b) die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

2. Verordnungen, die auf Grund des Absatz 1 Pos. a ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Absatz 1 Pos. b ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1931.

Unterschriften des Reichspräsidenten und der Reichsminister

Das Pfund gleitet weiter ab

London, 1. Dez. Die Abwertung des englischen Pfundes, die im Zusammenhang mit den Abgaben der Bank von Frankreich gebracht wird, setzte sich heute in verschärftem Tempo fort. Der Dollar, der am Montag aus London mit 3,41¾ gemeldet wurde, war heute mit 3,27 bis 3,29 zu hören, was einem Markkurs von 13,90 für ein englisches Pfund gegenüber einer gestrigen Notiz von 14,45 RM entsprechen würde.

Die weitere Abwärtsbewegung des englischen Pfundes, das bis zur amtlichen Notiz in Berlin auf 13,90 RM nachgab, hat am Devisenmarkt eine große Unsicherheit ausgelöst, vor allem deshalb, weil die Bank von England bisher energische Mittel, das andauernde Abgleiten des Pfundes aufzuhalten, nicht angewandt hat. Unter diesen Umständen ist die weitere Entwicklung des englischen Pfundes nicht abzusehen. Man kann sogar annehmen, daß die Abziehungen des Auslandes aus London sich entsprechend einer weiteren Abwärtsbewegung des Pfundes nur verstärken werden. Abgesehen hiervon besteht für die nächste Zeit ohnehin ein größerer Devisenbedarf für die Zinszahlung auf die englische Kriegsanleihe, die sich bekanntlich zu einem erheblichen Teil im Ausland befindet. Im allgemeinen wird die letzte Abwärtsbewegung wieder mit Attacken Frankreichs motiviert, das dadurch einen Druck auf England hinsichtlich dessen Haltung in der Reparationsfrage ausüben will.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 1. Dez. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 23. November 2 615 115, d. h. 33 314 weniger als Ende der vorhergehenden Woche.

Vorläufig keine englischen Zölle auf Eisen- und Stahleinfuhr

London, 2. Dezember. Der Parlamentsausschuß der Konservativen Partei für Handel und Industrie hielt gestern abend im Unterhaus eine von über 150 Mitgliedern besuchte Versammlung ab, in der hauptsächlich die Frage des Schutzes der Eisen- und Stahlindustrie erörtert wurde. Handelsamtspräsident Runciman hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er betonte, daß die Regierung nicht beabsichtige, auf Grund der neuen Notstandsakte sofortige Maßnahmen zum Schutze der Eisen- und Stahlindustrie zu ergreifen. Der gegenwärtige Umfang der Eisen- und Stahleinfuhr sei nicht anormal hoch und rechtfertige nicht deren Belastung mit Zöllen.

Die Beratungen im Reichskabinett

über die neue Notverordnung

Berlin, 1. Dez. Das Reichskabinett hat die Dauerberatungen über die Fertigstellung der Notverordnung, die es nun schon seit mehreren Tagen abhält, auch heute fortgesetzt. In unterrichteten Kreisen rechnet man weiter damit, daß es gelingen wird, die Notverordnung am Freitag, spätestens am Sonnabend, herauszubringen.

Ein Reichskommissar für Preissenkung

Berlin, 1. Dez. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich heute ausführlich mit der bevorstehenden Notverordnung. Der Vossischen Zeitung zufolge wurde scharfe Kritik daran geübt, daß eine Lohnsenkung geplant werde, ohne daß ein Ausgleich durch eine Preissenkung gesichert wäre. Die Absicht, einen besonderen Reichskommissar für Preissenkung zu ernennen und ihn mit gewissen Vollmachten auszustatten, könne als eine solche Sicherung nicht gelten.

Verschiebung der Abrüstungskonferenz?

Die Reichsregierung rechnet nicht damit

Berlin, 1. Dez. Im Zusammenhang mit den in den letzten Tagen wiederholt durch die deutsche und ausländische Presse gegangenen Behauptungen über eine Verschiebung der Abrüstungskonferenz wird von zuständiger Seite erklärt, daß weder in offizieller noch in irgendeiner offiziösen Form Anregungen an die Reichsregierung herangetragen worden sind, die auf eine Verschiebung der für den Februar nächsten Jahres vorgesehenen Abrüstungskonferenz hinzielen. Die Reichsregierung rechnet nach wie vor ganz bestimmt mit dem Zusammentritt der Konferenz zu dem vorgesehenen Zeitpunkt. Sie hat sich überhaupt nicht mit dem Gedanken einer Verschiebung beschäftigt. Wenn in den verschiedenen Aeußerungen zu dieser Frage auf das unter Umständen mögliche Zusammentreffen der Reparationskonferenz und auf dadurch entstehende Schwierigkeiten hingewiesen wird, so kann dem nach Auffassung amtlicher Stellen nur entgegengehalten werden, daß es sich höchstens nur um eine ganz kurze Ueberschneidung beider Konferenzen handeln kann, und daß überdies von einer gegenseitigen Störung nicht die Rede sein kann, weil beide Konferenzen mit verschiedenen Vertretern beschickt werden.

Das Ergebnis der Thüringer Landwirtschaftskammer-Wahlen

Weimar, 1. Dez. Das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen für die Thüringer Hauptlandwirtschaftskammer liegt jetzt vor. Die Zahl der Gewählten beträgt 111. Davon hat der Landbund 75 Mandate erhalten. Auf die Nationalsozialisten entfielen 36 Sitze. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung betrug 66 Prozent.

Die westdeutsche Wirtschaft gegen neue Steuererhöhungen

Düsseldorf, 1. Dezember. Die neuen Steuerpläne der Reichsregierung haben in der westdeutschen Wirtschaft zu einer Mitteilung an den Reichskanzler Veranlassung gegeben, der wir folgendes entnehmen: Die Organisationen der westdeutschen Wirtschaft nahmen heute zu den neuen Steuerplänen der Reichsregierung eingehend Stellung. Sie weisen mit Entschiedenheit jede Absicht zurück, die aus der Einschrumpfung der Wirtschaft sich zwangsläufig ergebende Verringerung des Steueraufkommens durch Steuererhöhungen auszugleichen. Wie jeder Kaufmann muß auch die öffentliche Wirtschaft darauf bedacht sein, ihre Ausgaben der Verringerung der Einnahmen durch entsprechende Ersparungen anzupassen. Steuererhöhungen gleich welcher Art sind